

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### Nicht mitschuldig werden am Atomtod!

So überschreibt *Heinz Seeger* seinen Leitartikel im Aprilheft der *Holzarbeiter-Zeitung*. Er erklärt es als „einfach unverständlich, daß die Bundesrepublik zu dem Plan, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, absolut nein sagt“ und betont, daß die atomwaffenfreie Zone „für das geteilte Deutschland bedeutet, daß unser Gebiet frei bleibt von den furchtbaren Vernichtungswaffen und nicht jede Möglichkeit, Deutschland in Frieden und Freiheit wieder zu vereinigen, ausgeschlossen wird.“ Dann fährt Kollege Seeger fort:

„Es gibt keine dümmere Begründung für die Bewaffnung der Bundesrepublik mit Atomwaffen und den Bau von Raketenbasen als die Behauptung, alles sei nötig, um die Freiheit zu schützen. Diejenigen, die in der Wasserstoffbombe und in den Raketenbasen eine tödliche Gefahr für das Leben unserer Familien und für die Existenz unserer Heimat sehen, lieben ihre Freiheit nicht weniger als jene, die nur in Raketen und Atomwaffen denken können. Nur halten sie Raketen und Wasserstoffbomben nicht für die geeigneten Mittel, die Freiheit und das Leben eines Volkes zu schützen und zu erhalten. In der Entscheidung über die Fragen, die das Schicksal unseres Volkes bestimmen, hat der arbeitende Mensch und seine Gewerkschaft das entscheidende Wort zu sprechen . . . Gerade von den Gewerkschaften müssen in dieser Entscheidung starke Impulse für den Frieden ausgehen. Dabei dürfen sie sich nicht von den Kreisen einschüchtern lassen, die ihnen das Recht bestreiten, in Entscheidungen über Sein oder Nichtsein unseres Volkes einzugreifen. Die Ziele der Gewerkschaften sind nicht nur ausgerichtet auf die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Mitglieder und deren Familien. Darüber hinaus sind sie durch ihre Satzungen verpflichtet, alles für die Erhaltung des Friedens und zur Sicherung der Freiheit und der Demokratie zu tun. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit kann es in der Welt nur dann geben, wenn Frieden und Freiheit nicht in Gefahr geraten.“

In den *Frankfurter Heften* (3) setzt sich *Eugen Kogon* erneut mit Nachdruck und überzeugenden Argumenten für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Er unterstreicht insbesondere den Zusammenhang zwischen Rapacki-Plan und Wiedervereinigung. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Sätze zu zitieren:

„Man wird die Wiedervereinigung allmählich, nur sehr allmählich, in einem umfassenden Kompromiß erreichen oder gar nicht. Es schließt die Verhinderung der Ausweitung eines

Atomwaffen-Chaos und Abrüstung ein; sie sind sogar, wie die Dinge sich nun seit Jahren entwickelt haben, die Voraussetzung jeglichen Kompromisses. Und man wird die Verhandlungen über Entspannung und Wiedervereinigung nicht gleichschalten können . . . Die Alternative ist: *Keine* Wiedervereinigung und Steigerung der Existenzgefahr.“

### Die Dämonie des Mißtrauens durchbrechen!

*Stimme der Gemeinde*, die Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, berichtet in Heft 7 unter dem Titel „So sollte es immer sein!“ in sehr interessanter Weise über Gespräche, die in der DDR zwischen Staat und Kirche stattgefunden haben. Der Bericht bezieht sich vor allem auf Ausführungen, die der Theologe Prof. D. Heinrich Vogel vor kurzem gemacht hat:

„Wir sollten uns nicht immer auf die Weise mißtrauen, daß der eine von dem anderen sagt: Es ist ja alles doch nur taktisch gemeint! Damit hält man sich die Ohren zu. Ich sage das nicht bloß in Bezug auf Interpretationen von staatlicher Seite, sondern ich sage es durchaus auch in den kirchlichen Raum hinein . . . Und wenn das Mißtrauen tausend Gründe für sich anzuführen hätte, so wird der Christ an dieser Stelle von einem ganz anderen Grunde her zu denken haben, nämlich daß es gilt, die Dämonie des Mißtrauens zu durchbrechen . . .“

In solchem Geiste seien „die vielen Gespräche zu verstehen, die in diesen Tagen und Wochen überall in der DDR zwischen Vertretern des Staatsapparates und der Evangelischen Kirche auf den verschiedensten Ebenen geführt werden. Es ist sicher nicht zu erwarten, daß diese Gespräche gleich beim ersten Mal die Erwartungen aller Beteiligten befriedigen oder gar erfüllen. Allein die Tatsache solcher Gespräche aber ist unverkennbar ein Schritt nach vorn. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß solche Begegnungen nicht in das Gegensatzschema der Vertreter des kalten Krieges passen und daher mit allen Mitteln totgeschwiegen werden. Sie finden dennoch statt, und es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß sie nicht aufhören und dazu beitragen, die Atmosphäre nachhaltig zu entgiften.“

*Dr. Walter Fabian*

### Blick in englische Zeitschriften

Der Zug zur Vermassung, der die Lage der englischen Zeitungen beherrscht, erschwert auch die Existenz der Wochenblätter und Monatschriften mit Niveau. Während neue „populäre“ Zeitschriften trotz starker Konkurrenz mit Millionenauflagen beginnen und sie rasch vermehren, schrumpft die Zahl jener, die sich ernstesten Problemen ernst widmen, bedrohlich zusammen. Der Grund ist nicht so sehr ein Rückgang der Auflage als ein Rückgang im Umfang

des Anzeigengeschäfts, das allein den traditionell niedrigen Verkaufspreis englischer Zeitschriften ermöglicht. In einer Zeit, in der man mit Hilfe des kommerziellen Fernsehens, wenn auch mit einem unverhältnismäßigen Aufwand, ein Millionenpublikum erreichen kann, werden die Anzeigen in Veröffentlichungen, die nur von Zehntausenden gelesen werden, immer spärlicher. Das unabhängig-konservative Wochenblatt *Truth* ist bereits auf der Strecke geblieben. *Time and Tide*, ebenfalls unabhängig-konservativ, dürfte bald folgen.

Von der Krise unberührt sind der sozialistische *New Statesman* (70 000 Auflage) und der unabhängig-liberale *Spectator* (40 000 Auflage), obwohl es Wochenschriften für Anspruchsvolle sind. In den Spalten des *New Statesman* spielte sich auch die wichtigste und ernsteste politische Kontroverse des Jahres ab, der Streit um die Kernwaffen. Sie wurde durch den auch in Deutschland bekannten Appell *Bertrand Russells* an Chruschtschow und Eisenhower eröffnet. Überraschenderweise stellte sich *Chruschtschow* mit einer umfangreichen Antwort an Russell ein, die die üblichen kommunistischen Thesen in nicht ungeschickter Garnierung an den traditionell-gutgläubigen englischen Leser brachte. Nun mußte auch die amerikanische Seite ins Blickfeld treten. Eisenhower ließ durch *Dulles* im *New Statesman* eine Antwort an Chruschtschow veröffentlichen, die an Kompromißlosigkeit nichts zu wünschen übrigließ. Die Überraschung wurde noch größer, als Chruschtschow in einer fast fünf Seiten in Kleindruck umfassenden Botschaft dann noch auf Dulles' Äußerung reagierte. Zuerst schien es, daß er den Propagandakrieg gegen den seinen Standpunkt mit der üblichen Starrheit vertretenden Dulles gewonnen habe, denn Chruschtschow verstand, mit einer gewissen Bonhomie aufzutreten. Aber mit der im gleichen Atemzug wiederholten Behauptung, der ungarische Volksaufstand sei nur das Werk einiger „Horthy-Faschisten“ gewesen, hat er sich in England sehr geschadet. *Bertrand Russell*, dessen polemischen Stil seine 86 Jahre nicht anzumerken sind, hat in der Osternummer des *New Statesman* (5. April) die Debatte mit der wehmütigen Feststellung abgeschlossen, daß sowohl Dulles als auch Chruschtschow sich nur in gegenseitigen Rekrimationen ausgetobt hätten, aber auf das eigentliche Problem gar nicht eingegangen wären. Er schließt mit einer ernsten Mahnung:

„Wir sind alle in Gefahr, in tödlicher Gefahr, wir selbst, unsere Kinder, unsere Enkel — nicht unsere Großenkel, außer wenn wir erfolgreich sind. Wenn wir versagen, werden wir keine haben. Im Vergleich mit dieser Gefahr werden alle anderen Fragen bedeutungslos. Was macht es aus, wer recht hatte und wer nicht, wenn keine Menschen überlebt haben? Ich schlage nicht vor, daß die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Antikommunisten

aufhören soll. Ich schlage aber vor, daß sie nicht in militärischen Begriffen vor sich geht. Und hinter der gegenwärtigen Spannung eröffnet sich eine weitere Sicht. Kernwaffen existieren und können, wenn man sie jetzt abschafft, von neuem erzeugt werden. Es ist daher unsere Pflicht — wenn wir wollen, daß das Leben auf unserem Planeten weitergeht —, ein politisches System zu ersinnen, daß große Kriege nicht nur jetzt, sondern in der voraussehbaren Zukunft unmöglich macht.“

\*

Die durch die *Kennan-Vorträge* ausgelöste Debatte ging meist in den Tageszeitungen und im Parlament vor sich, so daß für die Wochen- und Monatsblätter kaum viel zu sagen blieb. Interessant in diesem Zusammenhang ist aber ein Meinungsaustausch zwischen zwei Mitarbeitern der Monatsschrift *The Twentieth Century*, die dem Kongreß für kulturelle Freiheit nahesteht. *G. F. Hudson*, Dozent in Oxford, wendete sich in der Januarnummer gegen Kennan. Man habe von ihm eine Erklärung der Notwendigkeit erwartet, „Europa mit der bestmöglichen Verteidigung bis zu dem Zeitpunkt zu versehen, in dem die Sowjetführer überzeugt sind, daß sich der Westen durch Bombast und Erpressungen nicht auf die Knie zwingen läßt“. Aber Kennan sei eines der ersten Opfer von Chruschtschows Nervenkrieg. Seine Vorschläge würden Rußland zur stärksten Landmacht machen. Warum wird, wenn man den Kommunismus wirklich mit einer Miliz bekämpfen kann, solches nicht den Amerikanern empfohlen? „Wenn Kennan ehrlich glaubt, daß seine Medizin eine gute militärische Doktrin für jedermann ist und nicht gerade nur für Europäer, die ihrem Schicksal überlassen werden sollen, dann sollte er nach Amerika zurückgehen und sie dort predigen. Er möge seinen Landsleuten sagen, daß sie ihre Bombenflugzeuge, Raketen, Kanonen und Panzer wegwerfen und sich darauf vorbereiten sollen, ihre Sicherheit und Unabhängigkeit durch Schüsse von Dächern und Handgranatenwürfe auf Panzer zu schützen. Wer das nicht für sein eigenes Land empfiehlt, darf sich nicht darüber beschweren, wenn seine an Europa gerichteten Ratschläge nur als eine besondere Tarnung für einen neuen amerikanischen Isolationismus betrachtet werden.“ In der Februarnummer der Zeitschrift antwortete *Richard Lowenthal* vom Sonntagsblatt *Observer*, Hudson übersehe, daß Rußland bereits die stärkste Landmacht Europas sei. Von Kennans Gedanken, einer sowjetischen Invasion durch Freiwilligenscharen entgegenzutreten, rückt Lowenthal ab; er sei der schwächste Teil seines Gedankengebäudes, das aber auch ohne ihn existieren könne. Nach Kennans Vorstellungen würden die Amerikaner vom westlichsten Teil Europas aus immer noch zurückschlagen können. Im Märzheft kam wieder Hudson zu Wort. Ihm zufolge ist Kennans Vertrauen auf die Wirksamkeit einer Maquis-

Tätigkeit ein wesentlicher und kein entbehrlicher Bestandteil seiner Lehre. Es entspringe logisch dem Bestreben, dem Vertrauen in strategische oder taktische Kernwaffen zu entfliehen, die aber die einzige Alternative seien, die sowjetische Überlegenheit in herkömmlichen Waffen zu paralysieren. Natürlich sei Rußland seit 1945 die stärkste Landmacht, aber sie sei bisher durch die atomare Überlegenheit der Gegenseite in Schach gehalten worden. Die Verwirklichung der Kennan-Vorschläge würde das Gegengewicht in Wegfall bringen. „Die einzige wirkliche Hoffnung auf eine Überwindung der gegenwärtigen Spannung liegt in einer Änderung des russischen Regimes.“

\*

Deutsche Leser mag interessieren, wie im heutigen England die von Professor Röpke betriebene Propaganda gegen den Wohlfahrtsstaat und für Wirtschaftsliberalismus aufgenommen wird. Röpke hat eine seiner Schriften unter dem Titel „Wohlfahrt, Freiheit und Inflation“ englisch herausgebracht, und das *Times Literary Supplement* (31. Januar) hat sie mit folgender Besprechung bedacht:

„Professor Röpke ist ein kontinentaler Liberaler von einer Orthodoxie, die neuerdings in England selten im Druck verfochten wird, wiewohl man sie immer noch oft in den Rauchzimmern Londoner Klubs hören kann. In seiner Broschüre reitet er einen scharfen polemischen Angriff gegen Wohlfahrtsstaat und Inflation, die ihm unzertrennliche Gesellschafter erscheinen. Aber obwohl sie gut geschrieben und meist vernünftig im Ton ist, handelt es sich um eine jener Polemiken, die eher die Vorurteile der ohnehin Überzeugten verstärken, als daß sie die Zweifler überzeugen würden.“

Dr. Röpkes Hauptkritik des Wohlfahrtsstaates ist, daß eine ‚unsinnige‘ Situation geschaffen wird, wenn das System zu einem Punkt ‚herabsinkt‘, in dem Geld von allen genommen wird, um es allen zu geben, und staatliche Aktion schädlich ist, weil sie es für den einzelnen überflüssig macht, eine Versicherung gegen schlechte Zeiten einzugehen. Der Einfall, daß der Staat den Menschen Geld aus der Tasche nimmt, um es gleich wieder zurückzugeben, hält einer Überprüfung nicht stand. Die Nutznießer des Wohlfahrtsstaates sind immer andere Individuen als jene, die Beiträge leisten — die Nutznießer sind die Kranken, die Unfallrentner, die Arbeitslosen, die Alten und die Kinder, die alle zusammen wenig beitragen. Die einzige Ausnahme im heutigen England sind die Wohnbauschubventionen, deren Aufteilung wenig logisch ist. In allen anderen Fällen greift eine ordentliche Neuaufteilung der Einkommen Platz.

Der zweite Punkt bei Röpke ist die Behauptung, daß staatliche Aktion freiwillige Aktion hindert. Die Schwäche der Röpkeschen Position ist hier, daß der Autor zu realistisch ist, um sei-

nen Liberalismus bis zum Extrem zu treiben und vorzuschlagen, man möge alles auf die Karte der Freiwilligkeit setzen. Er gibt zu, daß es Staatshilfe für die Arbeitslosen, Kranken und Alten geben muß, um die Unzulänglichkeit freiwilliger Systeme zu ergänzen, da man die Menschen nicht Not leiden lassen kann. Aber das würde ja bedeuten, daß der Staat nur den Unverantwortlichen hilft und daß die verantwortlich Denkenden jene unterstützen müssen, die es nicht tun. Das scheint schwerer zu rechtfertigen als das heutige System, in dem jene Hilfe erhalten, die in Not sind.

Röpkes Hauptkritik ist, daß der Wohlfahrtsstaat infolge der hohen Besteuerung, die er nötig macht, unweigerlich zur Inflation führt. Es mag ein Körnchen Wahrheit daran sein: Hohe Steuern machen den Kampf gegen die Inflation schwieriger. Aber in Wirklichkeit ist Inflation nicht das einzige wirtschaftliche Übel; es ist einfach unsinnig, zu sagen, daß die ‚Unangreifbarkeit der Geldwerte das höchste Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein muß‘. Was wir tun müssen und was die demokratischen Institutionen weiter tun werden, ist, ein Gleichgewicht zwischen den Übeln der Arbeitslosigkeit und der Inflation herzustellen und sich immer für das kleinstmögliche Übel zu entscheiden. Wir haben die beste Antwort auf diese Frage noch nicht gefunden, und in unserem Sozialfürsorgesystem gibt es immer noch ernste Mängel. Aber wir werden eine zufriedenstellende Lösung nur finden, wenn wir auf der heutigen Bahn weitermarschieren, nicht aber, wenn wir unser Ohr den müßigen Klagen von Liberalen um eine Welt leihen, die es niemals gegeben hat und die es niemals geben kann.“

\*

Mit einem bisher wenig beachteten Aspekt der *Automatisierung* setzt sich Professor G. D. H. Cole im *New Statesman* (22. März) auseinander. „Retreat from Bigness“, wie sein Artikel betitelt ist, übersetzt man besser frei mit „Rückzug von der Sucht nach Größe“. Früher habe die Doktrin der Arbeiterbewegung angenommen, daß die fortschreitende Produktionstechnik zu einer Konzentrierung der Produktion in immer größeren und größeren Betrieben führen müsse. Bisher sei das durch die Entwicklung bestätigt worden, aber gilt das auch im Zeitalter der Automatisierung? Die Betriebe mögen weiter riesige Kapitalanlagen sein oder noch größere werden; aber die Zahl der in den Mammutbetrieben Beschäftigten muß fallen. „Die Betriebe, die am meisten Arbeiter beschäftigen, werden nicht mehr jene mit der höchsten Produktion sein, sondern jene, in denen das Produktionsniveau nicht hoch genug ist, um die hohen Kapitalkosten der Automatisierung zu decken.“ Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, in denen die hohen Löhne ein zur Menschenökonomie zwingender Faktor sind, gelte das noch nicht von der Sowjetunion, die

immer noch ärmer an Kapital als an Arbeitskräften ist. Aber auch die Sowjetunion werde sich der Automatisierung in westlichen Ausmaßen auf die Dauer nicht verschließen können. Hüben und drüben müsse der daraus resultierende Menschenschwund in den bisherigen Großbetrieben zu einer Veränderung der ganzen Arbeitsatmosphäre, aber auch zu einer Veränderung des Bewußtseins sowohl der Arbeiter als auch der Gewerkschaften führen. Während die sozialistischen Theoretiker immer die zahlreiche Arbeiter beschäftigenden Großbetriebe als die dem gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt gemäßeste Einrichtung sahen, haben nur Anarchisten wie Kropotkin und originelle Denker wie Gandhi vor einer solchen Entwicklung gewarnt:

„Das sind, wie ich weiß, unpopuläre Autoritäten, wenn man sie gegenüber zeitgenössischen Sozialisten zitiert; aber wird es sich vielleicht nicht doch erweisen, daß sie gut prophezeit haben? Hatten sie nicht auf jeden Fall recht, als sie in den Massenbetrieben nicht einen Segen

und einen wirklichen Fortschritt des Menschengestes, sondern eher ein Mittel sahen, das den Menschen zu einer Massendisziplin entwickelt, die wieder Unbehagen an der Arbeit hervorruft? Jedenfalls bin ich der Meinung, daß die Sozialisten viel zu leicht bereit waren, es als gegeben anzunehmen, daß die Ansammlung von Arbeitern in immer größeren und größeren Gruppen eine notwendige Voraussetzung einer hohen Produktivität und eine notwendige Begleiterscheinung des technologischen Fortschritts ist. Ich wäre weit glücklicher, würde man mehr Gewicht auf die Qualität der Arbeit als auf ihren Umfang oder die zu ihrer Herstellung nötige Menge von Arbeitern legen. Eine Zukunftshoffnung, die auf immer stärkere Ansammlungen von Menschen, die Routinearbeit zu leisten haben, gestellt ist, scheint mir wenigstens nicht die Aussicht auf einen Sozialismus zu bringen, der Menschen glücklich macht oder ihnen ermöglicht, von ihren schöpferischen Fähigkeiten den besten Gebrauch zu machen.“

*Dr. J. W. Brügel*